

ich-bin-sauarm-Preis: €0,50
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100

REVOLUTION

unabhängige kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 22



Fight the power!

Brecht die Macht der Kapitalisten und ihres Staates!

www.revolution.de.com

Mobilize

Samstag, 10. November

Demo gegen die Nato-Sicherheitskonferenz
12 Uhr, Marienplatz, München
(Bus aus Berlin für 10 Euro)
☛ www.no-nato.de

Sonntag, 18. März

Tag der politischen Gefangenen
und 4. Jahrestag des Irak-Krieges
Aktivitäten sind in Planung...

Sonntag, 25. März

Gipfel der Europäischen Union in Berlin
Aktivitäten sind in Planung...

Samstag, 2. Juni

Großdemonstration gegen den G8-Gipfel
☛ www.g8-2007.de
☛ www.gipfelsoli.org
☛ www.antig8.tk

6.-8. Juni

G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock
☛ www.g-8.de (offizielle Seite)

Liebe Revo...

Weihnachtsmann gegen Coca-Cola

Mit den leuchtenden Coca-Cola-Trucks, mit Sarah Connor und Jan Delay, mit einem großen Fest vor dem Brandenburger Tor sollte Coca-Cola am 23.12. als familienfreundliches und lebensfreudiges Unternehmen präsentiert werden. Blöd für den Konzern war nur, dass der Weihnachtsmann bei diesem Fest nicht mitspielte. Nicht nur einer, sondern gleich fünf Weihnachtsmänner (und -frauen) und viele HelferInnen protestierten mit Flugblättern und einem Transparent gegen Menschenrechtsverletzungen des Coca-Cola-Konzerns in Kolumbien und Indien.



„Es passt einfach nicht zur Weihnachtsstimmung, die das Unternehmen propagiert, dass bei Coca Cola in Kolumbien GewerkschafterInnen ermordet und Löhne von nur 150 Dollar im Monat bezahlt werden“ meinte Laura von der Kampagne „Coca-Killer“. Die Weihnachtsmänner forderten die FestteilnehmerInnen auf, Coca Cola zu boykottieren, als Teil einer internationalen Kampagne, die von der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft SINATRAINAL ausgeht.

Die Polizei erteilte insgesamt 14 Platzverweise gegen die jugendlichen AktivistInnen. Aber nichtsdestotrotz konnten 2.000 Flyer verteilt werden.

Die Aktion wurde von der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION und der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!“ organisiert. Bereits an Duzenden Universitäten weltweit – einschliesslich der FU und der UdK in Berlin – gibt es einen Coca-Cola-Boycott. Der nächste Schritt ist es, einen Boycott gegen Coca-Cola an verschiedenen Berliner Schulen durchzusetzen

<http://de.indymedia.org/2006/12/164880.shtml>
Kampagnenhomepage: www.coca-killer.de

Ferien in Rom

Aus Rom gibt es Erfolge zu melden: nicht zuletzt durch den Einsatz von SchülerInnen aus Viterbo (siebzig Kilometer nördlich von Rom und eigentlich eine Nazi-Hochburg) konnte die Räumung eines alternativen Jugendzentrums verhindert werden; auch wenn dies mehr eine Duldung für die Feiertage zu sein scheint... erreicht haben wir, dass die Jugendlichen weiterhin eine Anlaufstelle für politische Arbeit haben, aber auch eine Suppenküche weitermachen kann, oder sie sich einfach abseits der Nazitreffpunkte verabreden können.

von PegasusMicha aus Rom

Repression gegen SGD

Die Angriffe und Verhaftungen mit dem Ziel, den Sozialistischen Jugendverein (SGD) in der Türkei zu stoppen, finden kein Ende. Die

SGD'ler, von denen eine ganze Reihe von Vorsitzenden und einfachen Mitgliedern bei den Angriffen im September festgenommen worden waren, organisierten am 28. Dezember eine Pressekonferenz vor dem Postamt in Istanbul-Kadiköy, um damit das öffentliche Interesse auf die Belästigungen und Vergewaltigungen in den Gymnasien zu ziehen. Die Polizei jenes Staates, der SchülerInnen verbietet politische Arbeit durchzuführen, griff die Jugendlichen an und nahm die 7 SGD'ler Önder Koçak, Cengiz Çelik, Güney Devir, Dilan Çilgin, Yücel Tekin, Kiyimet Yildiz und Ziyahan Albeniz, Mitarbeiter der Jugendzeitschrift Özgür Gençlik fest.

In der Kreisstadt Ula in Mugla wurden am 27. Dezember 4 SGD'ler bei einer Hausdurchsuchung festgenommen. Die SGD'ler wurden erst 3 Stunden nach willkürlicher Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt.

Solidarität mit dem SGD und allen linken Kräften in der Türkei, die von staatlicher Repression betroffen sind!

Kampagnenseite: www.wewantfreedom.org

Revolution in Plauen!

Die Stadt Plauen hat rund 70.000 EinwohnerInnen und ist damit die fünfgrößte Stadt in Sachsen. Die im Vogtland liegende Stadt bezeichnet sich selbst als „einfach Spitze“, aber in Wirklichkeit sind die Stadt und vor allem die umliegenden Dörfer eher von Nazis dominiert.

In dieser Situation hat sich eine Gruppe von linken Jugendlichen gebildet, die sich gegen diese Missstände und gegen die Klassengesellschaft, die dahinter steht, wehren wollen.

Sie haben sich der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION angeschlossen, um sich gemeinsam mit jungen RevolutionärInnen aus anderen Teilen der BRD und aus anderen Ländern zu organisieren.

Im Folgenden drucken wir die Gründungserklärung der Gruppe. Ihre Website wird in den nächsten Wochen erscheinen.

REVOLUTION-Redaktion

Hiermit erklären wir die Gründung von **Revo Plauen**

als Ortsgruppe der internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION, die gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus und Umweltzerstörung kämpft – viel mehr aber gegen die Ursache all dessen: Den globalen Kapitalismus.

Wir sind gegen die zunehmende Macht der G8-Staaten; gegen jeden Militarismus und die durch die westlichen Staaten verfolgte Globalisierung.

Wir kämpfen gegen den Nationalismus und die zunehmende Präsenz von Neonazis und Faschisten in unserer Gesellschaft.

Wir fordern eine demokratisch geplante Weltwirtschaft, die die Grundlage für eine Welt ohne Klassen, Grenzen, Privateigentum, Unterdrückung und Krieg schafft.

Plauen, den 6. Januar 2006 | plauen@revolution.de

Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@revolution.de

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

19.1.: Pinochet ist tot!

Chiles Militärdiktator ist gestorben – wie ist er im Jahr 1973 an die Macht gekommen?

26.1.: Linker Hiphop

Gibt es sowas?!? Kultfilme der Graffiti-Szene und Infos über das Netzwerk Hiphop Partisan

2.2.: Fahnenflucht

Soldaten der US-Armee desertieren immer häufiger – wie zu Zeiten des Vietnam-Kriegs

9.2.: baskische Jugend

Die linke Jugendorganisation SEGI aus dem Baskenland wird als „terroristisch“ verfolgt

Änderungen vorbehalten!

☛ www.caferojo.de

Ein paar Worte vom Layouter...

In den letzten Monaten gab es einige Schülerstreiks in der BRD, aber nicht nur hier. Auf dem Bild ist ein Schülerstreik in Mailand/Italien zu sehen, gegen den Haushaltsentwurf der sozialdemokratischen Regierung.

Die Hand erinnert irgendwie an das Plakat von John Heartfield für den Wahlkampf der KPD im Jahr 1928 („5 Finger hat die Hand...“). Sie erinnert auch irgendwie an das Cover-Art vom Album „System of a Down“.

Es ist eben wichtig, sich an die KämpferInnen der Vergangenheit zu erinnern, wenn man für eine bessere Zukunft kämpft – z.B. bei der LLL-Demo!

2

Berlin, 8. Januar 2007

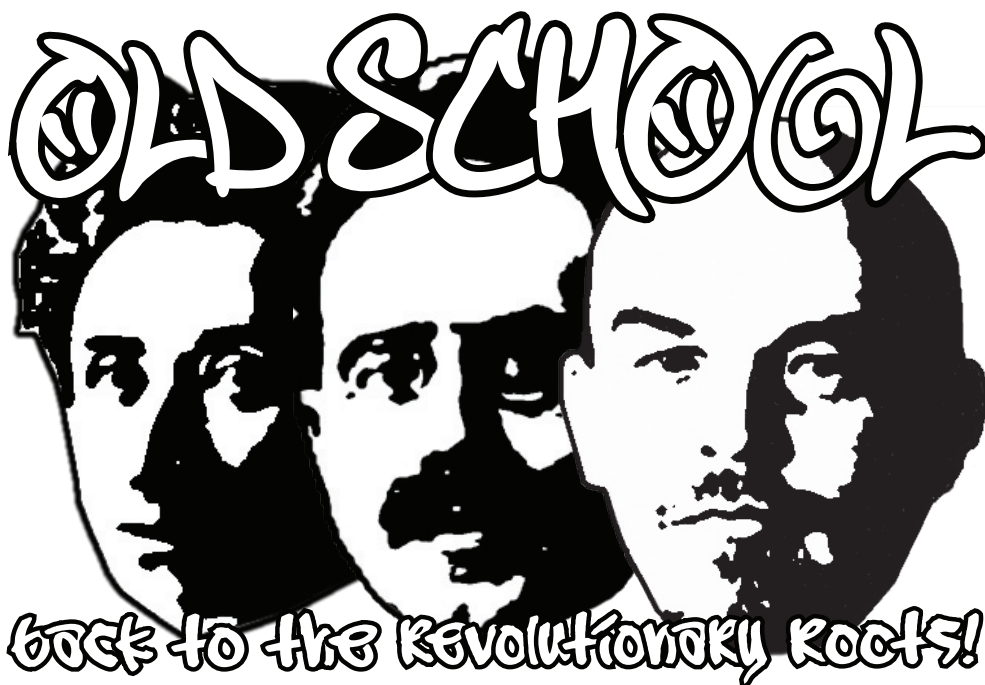
What we got to say
Power to the people! No delay
To make everybody see
In order to fight the powers that be!
(Fight the Power – Public enemy)

Wieviel power haben die people hier? Willst du weiter ohne Ausbildungsplatz dastehen? Willst du dank Hartz IV bis 25 bei deinen Eltern wohnen? Hast du Einfluss auf den Lehrplan in der Schule? Hast du genug Geld für ein Studium? Willst du Abschiebeknäste? Bist du für Angriffskriege? Nein!

Dann hast du wohl keine Macht. Anders als die Wirtschaftsbosse, die ja in dieser Gesellschaft das Sagen haben. Denn die Politiker sind doch kaum mehr als Marionetten, beliebig austauschbar. Sie handeln im Interesse der Konzernchefs und ihres Systems – des globalen Kapitalismus.

Kapitalismus bedeutet, dass eine Mehrheit (ArbeiterInnen) von einer Minderheit (Besitzer von Konzernen) unterdrückt wird. Schon vor hundert Jahren wollten die Revolutionäre Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wladimir I. Lenin dieses System stürzen. Es gab zu dieser Zeit jedoch einflussreiche Linke wie die reformistische SPD, die auch gegen den Kapitalismus waren, ihn aber durch Reformen abschaffen wollten. Deswegen waren sie in der Regierung. Deswegen waren sie gegen eine Revolution. Deswegen halfen sie mit, die radikalen „Unruhestifter“ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ermorden.

Die WASG und die Linkspartei.PDS wollen dieses Jahr zu einer einzigen Partei der „Neuen Linken“ werden. Die Vertreter dieser „Neuen Linken“ sagen, dass der Kapitalismus weg muss, und sie gehen auch jedes Jahr zum Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Aber sie sprechen nicht darüber, wie wir den Kapitalismus wirklich loswerden. Sie sprechen nur über soziale Reformen. Sie wollen einen friedlichen Übergang zu einer gerechten Gesellschaft. Doch wo sie in der Regierung sind, wie die L.PDS in Berlin, da werden sie genauso zu Marionetten der Wirtschaft wie alle anderen Politiker auch. Sie entschuldigen sich damit, dass sie „Sachzwängen“ ausgesetzt sind,



aber machen nicht klar: Diese „Sachzwänge“ haben einen Namen – Kapitalismus.

Linke, die an Gleichberechtigung und Demokratie im Kapitalismus glauben, haben schon verloren. Wir müssen konsequent gegen jede Sozialkürzung und jede Form von Ausbeutung kämpfen. Wir müssen den Kapitalismus und seine „Sachzwänge“ vernichten, wir müssen die Betriebe übernehmen, Räte bilden und selbstständig die Gesellschaft verwalten. Wir müssen eine Linke aufbauen, die nicht nur am Grab von Rosa und Karl steht und heult, sondern eine Linke, die wie diese beiden Revolutionäre einen offenen Kampf für eine neue Gesellschaft führt!

„Politische Gleichberechtigung, Demokratie!“ sangen uns jahrzehntlang die großen und kleinen Propheten der bürgerlichen Klassenherrschaft vor. ...

Jawohl, sie soll ... verwirklicht werden. Denn das Wort „politische Gleichberechtigung“ wird in dem Augenblick erst Fleisch, wo die wirtschaftliche Ausbeutung mit

Stumpf und Stiel ausgerottet ist. Und „Demokratie“, Volksherrschaft beginnt erst dann, wenn das arbeitende Volk die politische Macht ergreift. ...

Was bisher als Gleichberechtigung und Demokratie galt: Parlament, Nationalversammlung, gleicher Stimmzettel, war Lug und Trug! Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus – das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!

(Nationalversammlung oder Räteregierung? – Rosa Luxemburg)

- Oldschool flow statt „Neue Linke“.
- Luxemburg statt Lafontaine.
- Revolutionäre Jugendbewegung statt reformistischem Parteiapparat.

- **Fight the Power!**
- **Smash the State!**
- **One solution: Revolution!**

Aufruf von REVOLUTION zur LLL-Demo-2007

Recht auf Generalstreik? Lieber Generalstreik!

Oskar Lafontaine, ehemaliger SPD-Vorsitzender und jetziger Chef der WASG, und weitere Stars der „Neuen Linken“ erheben die Forderung nach einem Recht auf Generalstreik.

Denn die Gesetze der BRD erlauben Streiks nur bei tariflichen Auseinandersetzungen. Politische Streiks sind nach dem deutschen Gesetz verboten, weil sie die Konzerne und ihre Regierung massiv unter Druck setzen können.

Die Montagsdemos, die gegen die Einführung von HartzIV aufkamen, waren nicht in der Lage, diese „Reform“ zu verhindern, weil es keinen wirtschaftlichen Druck gab – die Regierung konnte warten, bis es den DemonstrantInnen wieder langweilig wurde.

Das hätte ganz anders ausgesehen, wenn es nach den Montagsdemos Dienstagsstreiks gegeben hätte. Aber die Gewerkschaften weigerten sich, solche Streiks zu organisieren oder überhaupt an den Montagsdemos teilzunehmen. Sie taten das nicht, weil sie ihren Partei-

freunden aus der SPD, die HartzIV eingeführt hatten, nicht schaden wollten.

Viele ArbeiterInnen und Arbeitslose fordern Aktionen, um die Angriffe der Konzerne und ihrer Regierung zu stoppen – immer öfter auf Gewerkschaftsdemos sieht man die Forderung nach einem Generalstreik. Aber die Führungen der Gewerkschaften verweisen darauf, dass solche politischen Streiks illegal sind.

Das Problem dabei ist nicht das Gesetz, sondern der Unwillen der Gewerkschaftsführung, zu solchen Mitteln zu greifen, die die volle Kraft Arbeiterbewegung entfalten würden.

Ob so eine Aktion legal ist, hängt davon ab, ob man sie durchsetzen kann. Schliesslich waren Streiks – und auch Gewerkschaften – früher einmal illegal. Dass man jetzt ein Recht auf so was hat, ist nicht Anträgen im Parlament zu verdanken, sondern der Tatsache, dass sie organisiert wurden und die Kapitalisten sich damit abfinden mussten.

Es fragt sich also, wie man auch in der BRD politische Massenstreiks organisieren könnte.

Die linke Bundestagsfraktion will das Gesetz ändern lassen und argumentiert, dass ein Recht auf Generalstreik der EU-Charta entspricht.

Aber auch mit einem formalen „Recht auf Generalstreik“ würden die Gewerkschaftsführungen sich weigern, einen zu organisieren.

Man müsste innerhalb der Gewerkschaften die Politik des Reformismus – und den Einfluss der SPD – politisch bekämpfen. Genau das lehnt die PDSWASG ab, weil sie sich auf GewerkschaftsbürokratInnen stützen und sie nicht kritisieren wollen.

Deshalb muss es in den Gewerkschaften eine Basisbewegung geben, die selbstständig Streik-Aktionen organisiert und gegen die Bürokratie kämpft. Nur so kann man einen Generalstreik (und damit ein „Recht auf Generalstreik“) erkämpfen.

von Wladek aus Kreuzberg

Jung, links, mu

Linke Jugendliche dürfen sich bei der Fusion zwischen PDS und WASG nicht viel einbringen

Die Linkspartei.PDS und die WASG wollen bis zum Sommer fusionieren und damit die „Neue Linke“ gründen. Im Rahmen dessen soll auch ein linker Jugendverband entstehen, der die verschiedenen Jugendstrukturen in und um die PDS vereint.

Die Notwendigkeit einer starken linken Jugendbewegung wird immer deutlicher. Junge Menschen leiden besonders an den Angriffen der Herrschenden: Seit letztem Jahr haben Arbeitslose unter 25 kein Recht auf eine eigene Wohnung! Dazu kommen die Einführung von Studiengebühren, der Mangel an Ausbildungsplätzen, die Kürzungen an der Schule, die rassistische Hetze gegen junge MigrantInnen... die Liste könnte ewig weitergehen!

Wir Jugendliche versuchen, uns gegen diese Angriffe zu wehren. Bei den Schülerstreiks der letzten Monate, bei Protesten zur Verteidigung von Jugendzentren, bei Demos gegen Naziaufmärsche – um nur ein paar Beispiele zu nennen – sieht man den Willen, die Verhältnisse zu ändern. Aber wir brauchen eine linke Jugendbewegung, die die verschiedenen Kämpfe vernetzen, vorantreiben und organisieren kann.

Jedoch: Abgesehen von ein paar Berufsjugendlichen aus dem Bundestag, findet man nirgendwo Jugendgruppen, die die „Neue Linke“ irgendwie mitgestalten. Die Diskussionsbeiträge, auch zur Frage der Jugendorganisation, kommen von den Parteivorständen oder von JungfunktionärInnen. Wo bleiben die Antifas, die jungen MigrantInnen, die Tausenden unorganisierten SchülerInnen, die in den letzten Monaten gestreikt haben? Sollen sie nicht in die „Neuformierung der Linken“ einbezogen werden?

Wir möchten einen Beitrag zur Diskussion leisten, auch wenn wir nicht direkt dazu eingeladen wurden. Wir hoffen, dass möglichst viele linke Jugendliche in der BRD sich Gedanken darüber machen, was für eine Linke wir brauchen.

Die Voraussetzungen

Fangen wir mal von vorne an: Wie sieht es aus mit der Beteiligung von Jugendlichen an den beiden fusionierenden Parteien?

Die Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS steht bekanntlich mit einem Fuß im Grab: Rund 70% der Mitglieder sind über 60 Jahre alt. Bei der WASG ist das Durchschnittsmitglied männlich und etwa 40.

Es laufen jetzt Verhandlungen zwischen Solid, dem PDS-nahen Jugendverband, der PDS-Jugend Sachsen und lokalen Jugend- und Hochschulgruppen der WASG, über die Bildung eines einheitlichen linken Jugendverbandes im kommenden Jahr. Auch in diesen Struktu-

Sachsen. Einschliesslich aller Überschneidungen hat die PDS gerade mal 1.490 Mitglieder unter 30 – 3% der Mitgliedschaft.

Die WASG hat gar keine Jugendstrukturen, die über Lokalgruppen hinausgehen. Insgesamt sind etwa 10% der WASG-Mitglieder unter 30,



Linkspartei-Jugendorganisation:
Oski und Gregörchen

was nur im Vergleich zur PDS den Eindruck einer jungen Partei vermittelt. Es gab so gut wie keine Versuche, Jugendliche bei der Bildung der WASG einzubinden. Im Gegenteil: Versuche der linken Strömung SAV, eine „WASG Jugend“ zu gründen, wurden bürokratisch geblockt, weil die WASG-Vorstände befürchteten, dass dadurch der linke Flügel in der Partei stärker werden könnte.

Um das alles in einen internationalen Kontext zu stellen: die Socialistisk UngdomsFront (SUF) aus Dänemark – ein linkerer Verband als Solid, in einem Land mit nur fünf Millionen EinwohnerInnen – hat 900 Mitglieder in 30 Regionalgruppen.

Die Verhandlungen

Beim Kuhhandel für einen neuen linken Jugendverband ging es vor allem um die Frage, ob das Ziel eine „Partei-AG“ oder ein „Beteiligungsverband“ sei. Die PDS-Apparatschiks wollten eine Parteijugend, in der alle Parteimitglieder unter 35 automatisch Mitglieder des Jugendverbandes sein würden, um eine größere Kontrolle durch den Apparat zu ermöglichen (so läuft es bei den JuSos, die eine AG der SPD sind). Die VertreterInnen von Solid, die jetzt keine direkte Parteijugend ist und über eine gewisse Autonomie verfügt, wollten, dass nur im Jugendverband aktive Menschen als Mitglieder anerkannt werden. Ein Vertreter von Solid musste sogar in der Presse drohen, falls das Konzept „Partei-AG“ durchgesetzt werden sollte: *„Wir gehen davon aus, daß etwa die Hälfte unserer Mitglieder diesen Schritt nicht mitmachen würden.“* Damit konnten sich die Solids letztendlich durchsetzen.

Außerdem ging es darum, wie der neue Verband heißen soll. Solid wollte ihren Namen behalten, während die PDS-Jugend Berlin-Brandenburg schon vor Monaten Fahnen mit dem Logo „Linke Jugend“ drucken ließ. Das ist schon so etwas wie eine politische Frage, weil im Namen SOLID (Sozialistisch, Links, Demokratisch) der Begriff „sozialistisch“ steht, was die PDS-Fürsten am liebsten ganz aus dem Profil der „Neuen Linken“ streichen würden.

Bei den bisherigen Veröffentlichungen der Verhandlungsgruppe ging es mehr um sowas und weniger um die politischen Fragen: Was soll eine linke Jugend machen? Für welche Ziele und mit welchen Mitteln soll sie kämpfen?

Dabei wären die Aufgaben der AktivistInnen in einem Linkspartei-(nahen-)Jugendverband besonders schwierig, weil die Mutterpartei keine allzu linke Politik betreibt. Die Linkspartei ist momentan an der Berliner Regierung beteiligt – in Sachsen und Sachsen-Anhalt wäre sie am liebsten auch dabei. In dieser Position betreibt sie, den „Sachzwängen“ des Kapitalismus folgend, Kürzungspolitik. Sie lassen Naziaufmärsche durch die Polizei schützen und machen alles, was zum Regieren im Kapitalismus dazu gehört.

Gegen solche Politik, gegen solche Regierungen müsste eine linke Jugendbewegung mit allen Mitteln kämpfen. Sie müsste sich nicht nur inhaltlich mit so einer Linkspartei auseinandersetzen – sie müsste diese Partei direkt bekämpfen. Auf solche Auseinandersetzungen muss eine linke Jugendorganisation politisch und organisatorisch vorbereitet sein.

Ein Beispiel: momentan ist es so, dass Solid hauptsächlich von der PDS finanziert wird. Was macht sie, wenn der „rot-rote“ Senat in Berlin Studiengebühren einführt? Könnte eine „Linkspartei-Jugend“ Streiks und Demonstrationen gegen die Mutterpartei organisieren? Kann sie in der Situation Flugblätter gegen den SPD-PDS-Senat drucken, oder wird ihr Budget vorher durch den PDS-Apparat gestrichen?

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Was macht ein linker Jugendverband, wenn ein Hausprojekt von einer „linken“ Bürgermeisterin geräumt wird? Was macht man, wenn „linke“ Bundestagsabgeordnete für Auslandseinsätze der Bundeswehr stimmen?

Die Kids

Um die Interessen der Jugend trotz des Verrats durch ReformistInnen zu verteidigen, muss eine linke Jugendorganisation unabhängig sein.

Um eine kämpferische Antwort auf Studiengebühren, Sozialabbau und Militarismus geben zu können, dürfen linke Jugendliche keinen Rücksicht auf die Pläne von (Möchtegern-)Ministern der Linken nehmen. Bei jeder Auseinandersetzung müssen wir eine klare revolutionäre Perspektive aufzeigen – aber das geht nicht,

ndtot

wenn uns ein reformistischer Apparat durch Finanzierung erpressen kann.

Manche mögen denken, eine eigenständige Jugendorganisation könnte gar nicht funktionieren. Doch wir von der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION beweisen in der Praxis, dass eine Jugendorganisation ohne eine Kontrolle oder auch finanzielle Hilfe von außen Erfolg haben kann. Außerdem gibt eine unabhängige Struktur jungen AktivistInnen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und sich zu selbstständigen KämpferInnen zu entwickeln.

Der beste Beitrag, den revolutionäre Jugendliche zum Aufbau einer „Neuen Linken“, die diesen Namen auch verdient, tun können, ist der Aufbau einer starken revolutionären Jugendorganisation.

Die meisten linken Jugendlichen werden durch die bevormundende Politik der reformistischen Parteien und Gewerkschaften von jeglicher Partei oder sonstiger Organisation abgestossen. Deshalb ist die sozialistische Linke unter der Jugend in der BRD immer so schwach gewesen, deshalb gibt es so viele „autonome“ Gruppen wie Antifas, Hausprojekte usw.

Auch die linken Kräfte der „Neuen Linken“, wie SAV, Antikapitalistische Linke und Netzwerk Linke Opposition, haben es nicht geschafft, mehr als ein paar Jugendliche in diesen Prozess einzubinden. Das liegt am Misstrauen der Jugendlichen gegenüber Parteien.

Es ist die Aufgabe der linken Kräfte, nicht einfach der Jugend selbst, dieses Misstrauen zu überwinden. Dafür muss man der Jugend nicht einfach einen Mitgliedsausweis und ein paar Plakate zum Kleben geben. Man muss sie in ihrer eigenen Aktivität unterstützen und ihnen beim Aufbau einer unabhängigen Jugendorganisation helfen.

Manche werden das auf „Jugend-Avantgardismus“ (d.h. den Glauben, dass Jugendliche allein die Gesellschaft umwälzen könnten) reduzieren. Aber wie Karl Liebknecht vor 100 Jahren schon feststellte: *„Lediglich dem Zwange der Verhältnisse folgend, strebt der Jugendliche heute mehr denn je nach Selbstständigkeit. Dieser Trieb der Jugendlichen läßt sich nicht gewaltsam unterdrücken.“* Um eine neue Generation von AktivistInnen in die Arbeiterbewegung einzubinden, muss man diesen Trieb nach Unabhängigkeit respektieren.

Das Programm

Eine linke Jugendorganisation muss sich in jeden Kampf der Jugend einmischen und eine antikapitalistische Perspektive aufzeigen. Es reicht nicht, gegen diesen oder jenen Beschluss der reformistischen Parteiführung zu protestieren – man braucht eine klare politische Alternative zur reformistischen Ideologie.

Deshalb sollen alle AktivistInnen in den fusionierenden Jugendorganisationen, die mehr als ein Anhängsel für „linke“ Verwalter des Kapitalismus sein wollen, jetzt schon eine revolutionäre, antikapitalistische Strömung bilden.

von Wladek aus Kreuzberg

Ausbeutung – auch bis 22 Uhr

Überall in Doofland, Bundesland für Bundesland, werden die Ladenschluss-Bestimmungen aufgehoben. Das bedeutet, dass Jeder seinen Laden die ganze Nacht aufmachen darf. Das kann aber nur, wer erstens einen Laden und zweitens das Geld hat, um zusätzliche Arbeitskraft zu kaufen, damit der Laden auch läuft. Wie z.B. das Berliner „Kulturkaufhaus“ des Dienstleistungsriesen Dussmann, das sogar eine ganze Nacht des Wochenendes durchgängig geöffnet hat. Während also die Aufsichtsräte Peter Dussmann und Wolfgang Clement schlafen, können jetzt die Beschäftigten im „Kulturkaufhaus“ Nachtschichten schieben.

In zahlreichen Bundesländern haben nach dem Gesetzesbeschluss die sogenannten „Arbeitgeber“ die Manteltarifverträge mit den Gewerkschaften gekündigt. In den Manteltarifverträgen war festgelegt, dass die Beschäftigten nach 18.30 Uhr 20% und nach 20 Uhr 50% Lohnzuschlag bekommen. Heribert Jöris vom „Hauptverband des deutschen Einzelhandels“ nannte die bisher gezahlte Erschwerniszulage einen „Anachronismus“; sie ist dank der neuen Gesetze, seiner Meinung nach einfach nicht mehr zeitgemäß.

Was sagt „Die Linke“ dazu?

Im Sachsen-Anhaltischen Landtag erbot sich die Fraktion der Linkspartei.PDS, die Freigabe des Ladenschlusses sei nur im Interesse der „großen Ketten, Konzerne und Center“, ja eindeutig „unsozial“.

Ihre GenossInnen in der Berliner Landesregierung haben derweil als erstes Bundesland genau so ein „unsoziales“ Gesetz gemacht. Es ist auch nicht die erste unsoziale Tat des rosa-roten Senats. In den fünf Jahren seiner Regierung wurden auf der einen Seite Milliarden-Subventionen an große Unternehmen gezahlt, auf der anderen Seite wurden die Wasserbetriebe und die Wohnungsbaugesellschaft GSW privatisiert, die Verkehrsbetriebe BVG wurden „wettbewerbsfähig“ gemacht, der Berliner Senat trat als erste Landesregierung aus der Tarifgemeinschaft der Länder aus und kürzte daraufhin kräftig bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, schloss Kindertagesstätten, kürzte an Schulen usw. usf.

Wir erinnern uns an unser Lieblings-

zitat von der L.PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau. Die sagte einmal, dass ihre Berliner GenossInnen gezeigt hätten, dass sie den Kapitalismus besser verwalten könnten als Andere.

Klasse! Was soll mensch dazu sagen? Ja, ihr Regierungssozialisten habt's dem Kapital gezeigt: Auch ihr könnt die Profite hoch und die Bevölkerung passiv halten, wie oder sogar noch besser als die SPD oder die Grünen! Glückwunsch!

Dieser Widerspruch zwischen der Forderung sozialer Politik in der Opposition und dem Umsetzen unsozialer Politik in der Landesregierung, ist das Problem der Linken, die an die vermeintliche Machtposition gekommen ist, dort aber doch ziemlich machtlos ist.

Die schlechten Eigenschaften

Die ReformistInnen von der L.PDS wollen die bestehende Gesellschaft abzüglich deren schlechter Eigenschaften. Diese Eigenschaften – Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Armut – gehören aber zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, da hilft auch kein Lippenbekenntnis zu irgendeinem „Sozialismus“.

Wenn Menschen wie die von der L.PDS es auf die Regierungssessel schaffen, müssen sie sich nach den Bedingungen des Kapitalismus richten. Sie sitzen in seiner Logik fest: dass sie den Unternehmen die Profite sichern müssen, damit die dann vielleicht Arbeitsplätze schaffen; dass sie bei den Sozialausgaben kürzen und öffentliches Eigentum privatisieren müssen, um den verschuldeten Staat zu finanzieren usw. Sie versprechen, mit ihrer Regierungsbeteiligung „Schlimmeres zu verhindern“, für ver.di-Sekretärin Erika Ritter machen sie Berlin mit dem neuen Ladenschlussgesetz „zum absoluten Spitzenreiter beim Abbau von Arbeitnehmerrechten“.

Die L.PDS in Berlin hängt in den „Sachzwängen“ des Kapitalismus und weiß nicht, was sie von sich halten soll. Die Berliner Parteigrößen jedenfalls kämpfen weiterhin mit dem Kürzungsschwert gegen die ArbeiterInnen, während sie hinter ihrem Schild aus „Sachzwängen“ Deckung suchen.

Diese Deckung soll ihr nicht viel nutzen!

von Jalava aus Kreuzberg



Alle Macht den Räten!

Was ist eigentlich Rätedemokratie? Wozu braucht man sie?

Eine Umfrage des Forsa-Instituts ergab vor Kurzem, dass ganze 82% der deutschen StaatsbürgerInnen glauben, dass das Volk in der Politik nichts zu sagen hat.

Den KommunistInnen wird oft vorgeworfen, sie seien für die Diktatur des Proletariats und deshalb gegen die Demokratie. Gegen diese kapitalistische „Demokratie“, in der die Kapitalisten alles entscheiden, sind wir allemal. Aber was ist die Alternative?

Demokratie der ArbeiterInnen

Wenn man über Demokratie redet, muss als erstes gesagt sein: Es geht nicht um diese oder jene Form der Demokratie, sondern um die Herrschaft dieser oder eben jener Klasse.

Die bürgerliche Demokratie, in der wir leben, basiert auf der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Diese Klasse ist im Besitz der Produktionsmittel der Gesellschaft (Betriebe). Sie beutet die Klasse der Lohnabhängigen – das Proletariat – aus und beherrscht sie. Der Staat ist dabei das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse. Es kann sich bei einem bürgerlichen Staat um eine Diktatur handeln, wie in Nazi-Deutschland, aber auch eine parlamentarische Demokratie kann ihre Klassenherrschaft sichern. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie bedeutet, dass die Kapitalistenklasse die Lohnarbeiterklasse bei der Wahl der Staatsführer mitentscheiden lässt.

Mit „Volksherrschaft“ hat das wenig zu tun, weil die ganze Wirtschaft weiterhin im Privatbesitz der Kapitalisten ist, und die Politiker mit allerlei Lobbyisten und Wirtschaftsgrößen rumhängen und sich eher deren „Sachzwängen“ als dem Volkswillen beugen.

Das Ziel der KommunistInnen ist die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, in der es keine Ausbeutung gibt, in der der Mensch nicht über den Menschen herrscht. Der erste Schritt hin zur klassenlosen Gesellschaft ist die Entmachtung der Kapitalistenklasse. Diese Tat können nur die Lohnabhängigen vollbringen. Denn sie sind es, die im Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt werden. Sie arbeiten an den Produktionsmitteln und schaffen die Produkte, mit denen die Kapitalisten dann ihr Geld machen.

Die LohnarbeiterInnen müssen also die Kapitalisten entmachten und zwar auf dem Wege, dass sie die Produktionsmittel selbst in Besitz nehmen. Der bürgerliche Staat beschützt jedoch das Eigentum der Kapitalisten und geht gegen solche Verstöße mit aller Härte vor. Das bedeutet, dass der Kampf gegen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, gegen die Klassenherrschaft immer auch Kampf gegen den bürgerlichen Staat heißt, wie demokratisch er sich auch immer geben mag.

Die Klasse der Lohnabhängigen muss die wirtschaftliche und politische Macht an sich reißen und an die Stelle der bürgerlich-kapitalistischen Regierung eine sozialistische Räteregierung setzen.

Aber was sind diese Räte? Die Rätedemokratie ist die natürliche Form der proletarischen Klassenherrschaft. Das hat sich in den Revolutionen der Arbeiterklasse gezeigt, von ihr selbst kommt das Konzept. Das erste Mal tauchten Rätestrukturen auf, als 1871 die ArbeiterInnen von Paris die Kommune bildeten und kurzzeitig die Macht übernahmen. In der russischen Revolution haben die Arbeiterräte – auf Russisch „Sow-

jets“ – die bürgerliche Regierung gestürzt und eine Sowjetregierung aufgestellt.

Auch an ihrer Funktionsweise wird deutlich, warum die Räteherrschaft proletarische Herrschaft sein muss. Die WählerInnen, die in Basisseinheiten organisiert sind, z.B. die ArbeiterInnen eines Betriebes, wählen Vertreter, die von ihren Wählern jederzeit abwählbar sind.

Diese Delegierten wählen nun wiederum Vertreter auf nächst höherer Ebene. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass stets die Interessen der Bevölkerung und nicht die Privatinteressen der Abgeordneten durchgesetzt werden.

Die Rätedemokratie verzichtet auf die bürgerliche Gewaltenteilung, denn eine Loslösung von der direkten Kontrolle durch den Souverän, das arbeitende Volk, wäre undemokratisch. Da durch die Delegierten ja bereits stets der Volkswille ausgeübt wird, können die Räte sowohl judikative (rechtsprechende), legislative (gesetzgebende) und exekutive (ausführende) Gewalt ausüben.

Grundlage der neuen Gesellschaft

Obwohl viel demokratischer als alles sonst Dagewesene, heißt Rätedemokratie immer noch Klassendiktatur. Diesmal allerdings Diktatur der Mehrheit (arbeitende Bevölkerung) über die Minderheit (ehemalige Kapitalisten). Aber erst von dieser Form der Klassenherrschaft aus, kann es zur Auflösung der Klassengegensätze und zur Entstehung der klassenlosen Gesellschaft kommen.

Die Entscheidung zwischen parlamentarischer Demokratie und Rätedemokratie muss immer als die Entscheidung zwischen der Diktatur der Kapitalisten und der Diktatur der LohnarbeiterInnen gesehen werden. Dieser Zusammenhang erklärt auch die Ablehnung der Rätedemokratie in bürgerlichen Kreisen und Parteien. Aber auch viele reformistische und stalinistische „Sozialisten“ wollen eine andere Gesellschaft über ein bürgerliches Parlament erreichen.

KommunistInnen sollten zwar an Wahlen teilnehmen und in Parlamenten arbeiten, um ihr Programm bekannt zu machen. Aber für eine sozialistische Perspektive ist es notwendig, die Räte, die in jeder größeren Protestbewegung entstehen, als Grundlage für eine neue Gesellschaft zu nehmen.

von Jalava aus Kreuzberg und Sceles aus Wolfsburg

Karl Marx über die Rätedemokratie der Pariser Kommune

95 Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstverantwortend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. ...

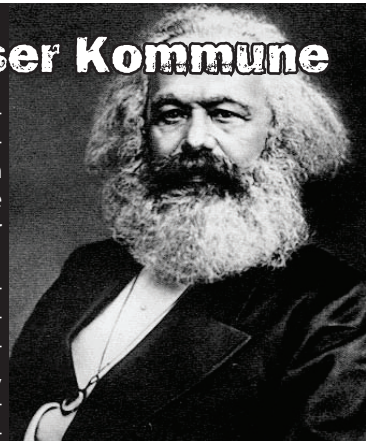
Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staats und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit. ...

Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. ... die Kommune sollte die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein ... Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und

diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein.

Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden. **Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen.**

Quelle: Karl Marx. Der Bürgerkrieg in Frankreich. http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_319.htm



Schüler in Spandau

Interview mit einer 16jährigen Schülervertreterin auf einer Gesamtschule in Spandau

Spandau gilt als ein wohlhabender Bezirk. Sind die Schulen zufriedenstellend?

Also zufriedenstellend sind unsere Schulen schon lange nicht mehr.

Wir sitzen in Räumen, die viel zu klein sind für 32 SchülerInnen. Kaputte Stühle, Heizungen und undichte Fenster – die Liste hört nicht auf. Die sanitären Anlagen sind zu einem noch größeren Problem geworden, seitdem wir Ganztagschule sind. Die Toiletten sind dermaßen unhygienisch, was wahrscheinlich daran liegt, dass der Senat uns einfach nicht mehr als eine Hand voll Reinigungskräfte für unsere große Schule zur Verfügung stellt. Nein, man schließt sogar noch die dreckigen Toilettenräume ab. Von der Aula-bühne bis hin zu sämtlichen Turnhallengeräten – alles müsste erneuert werden.

Welche weiteren Misstände sind an deiner Schule zu beklagen?

Da nun alle Schulen in Spandau zu Ganztagschulen werden sollen, gibt es in so gut wie jeder Schule hier Probleme mit der räumlichen Ausstattung. Es gibt einfach keinen Platz und kein Geld, um Räume zu vergrößern. Im Moment quetschen sich hunderte SchülerInnen in der Pause an eine kleine Cafeteriatheke und obwohl wir jetzt so gut wie eine Ganztagschule sind, haben die Bauarbeiten für eine richtige Mensa noch nicht einmal begonnen.

Was haben die SchülerInnen in den letzten Jahren dagegen unternommen?

Auf unserer Schule haben wir 2005 einen Schulprotest auf unserem Pausenhof gehabt. Wir haben die Presse eingeladen, damit die sich ein Bild machen konnte, wie langsam die Umbauarbeiten für unsere neue Cafeteria und unsere neuen Chemieräume stattfinden. Nach diesem Protest gingen die Bauarbeiten erheblich schneller fertig als in den Monaten zuvor. Wir überlegen zur Zeit, wieder einen ähnlichen Protest zu veranstalten.

Haben sich die Zustände in der Regierungszeit des „rot-roten“ Senats verbessert?

Nicht im geringsten! Die Senatsverwaltung lässt unsere Schulleitung nur immer wieder neue Checklisten ausfüllen. Die Schulen haben nichts als Vorgaben von der Senatsbildungsverwaltung bekommen – aber Geld, um diese Vorgaben in die Tat umzusetzen, nicht.

Was wäre deiner Meinung nach nötig, um die Schulen zu verbessern?

Meiner Meinung nach ist das neue Schulsystem, d.h. die Umänderungen zu Ganztagschulen nach den Vorgaben der Senatsbildungsverwaltung, unverantwortlich. Wir brauchen entweder mehr Gelder oder ein neues Schulprogramm.

Sicher haben die meisten SchülerInnen vernünftigeren Ideen als der Senat, aber wir wurden ja nicht einmal gefragt, was wir von den tollen neuen Ideen zum Thema Ganztagschule halten.

Deswegen ist es wichtig, dass alle SchülerInnen anfangen, für ihre Rechte zu kämpfen – dafür, mitbestimmen oder selber entscheiden zu dürfen. Das geht aber nur, wenn alle SchülerInnen endlich anfangen zu protestieren, Streiks zu organisieren und zusammenzuhalten, anstatt zuzusehen wie Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg gemacht werden!

Interview: Wladek aus Kreuzberg



Nachdem bereits in Berlin und Dresden tausende SchülerInnen gestreikt hatten, gingen am 12. Dezember auch Brandenburger Jugendliche gegen die Bildungspolitik der Landesregierung auf die Straße. Konkreter Anlass war die Reform des Schulgesetzes, die in derselben Woche in Potsdam verabschiedet werden sollte.

Die Novelle gestattet Schulen unter anderem, SchülerInnen ohne deren Einwilligung für „wissenschaftliche Zwecke“ mit Videokameras zu überwachen und zukünftig in und an Schulgebäuden kommerzielle Werbung zuzulassen. Durch die Einführung von Eignungstests und Mindestnotenwerten für die Aufnahme aufs Gymnasium sowie durch die zusätzliche Eröffnung von Begabtenklassen wird die frühzeitige soziale Selektion der SchülerInnen verstärkt.

Durch die Potsdamer Innenstadt

Obwohl diese Einschnitte die SchülerInnen in ganz Brandenburg betreffen werden, wurde hauptsächlich in der näheren Umgebung Potsdams zum Streik mobilisiert. Diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, dass aus anderen Gebieten nur wenige Jugendliche anreisten und sich insgesamt nur knappe eintausend SchülerInnen (darunter aber längst nicht nur GymnasiastInnen) auf dem Alten Markt in Potsdam einfanden.

Neben den Organisatoren von Solid waren auch AktivistInnen der Berliner Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen“ vertreten. Natürlich hatten auch unorganisierte SchülerInnen Transparente mitgebracht. Zu Lesen waren Sprüche wie „Antifa-Jugend statt preußischer Tugend“, „Lernfabriken abschalten!“ oder „Reiche Eltern für Alle!“

Bereits gegen 11.30 Uhr formierte sich der Demozug, um unter einigem Polizeiaufgebot durch die Innenstadt zur ersten Zwischenstation, dem Einstein-Gymnasium, zu laufen. Dort wurden beim Eintreffen der DemonstrantInnen und des Lautis zwar sämtliche Fenster von den SchülerInnen aufgerissen, aber im gleichen Moment auch alle Ausgänge von der Schulleitung verriegelt. Nach einer halben Stunde Sprechchöre, Musik und weiteren Reden setzten dann die DemonstrantInnen ihren Rundweg durch die Innenstadt fort.

Bei den nächsten Zwischenkundgebungen war bereits ein deutlicher Teilnehmer-schwund zu vermerken. Wer vor allem wegen des unterrichtsfreien Tages mitgekommen war, hatte sich längst zum Weihnachtsmarkt abgesetzt und selbst vielen ernsthaften De-

monstrantInnen ging nach 2 Stunden langsam die Puste aus. So schafften es nur noch knappe 200 SchülerInnen bis zur Abschlusskundgebung vor dem Bildungsministerium, das außerhalb der Innenstadt liegt.

Bundesweit und international

Es ist schon einigermaßen erstaunend, wenn man betrachtet, an wie vielen Orten in der BRD es in den letzten Monaten Schulstreiks gab: Am 13. September gab es in Berlin einen Streik, an dem sich fast 10.000 SchülerInnen beteiligten. Gleichzeitig streikten auch in Frankfurt am Main und Heidelberg mehrere hundert SchülerInnen und in Dresden gingen auch an die tausend junge Menschen gegen ein neues Bildungsgesetz der sächsischen Landesregierung auf die Straße. Darüber hinaus gab es in Chile große Schulstreiks, durch die letztendlich ein reaktionäres Schulgesetz von 1990 gekippt wurde und auch an den Protesten in Frankreich gegen das „CPE“-Gesetz beteiligten sich viele SchülerInnen.

Hinzu kommt, dass diese ganzen Aktionen nicht etwa von Parteien oder Gewerkschaften organisiert wurden, sondern auf Grund der Eigeninitiative der SchülerInnen zu Stande kamen, die oft noch von den Schülervertretungen blockiert wurden und gegen Repressionen seitens der Schulleitungen kämpfen mussten.

Während sich die Gewerkschaften zurücklehnten und den Protesten wohlwollend zuschauten und sich die Regierungslinken positiv auf den Protest der SchülerInnen bezogen, um dann am nächsten Tag weiter zu kürzen, haben die SchülerInnen sich selbst und anderen gezeigt, dass sie auch alleine krasse Aktionen organisieren können.

Es war die Selbstorganisation der Jugendlichen, die diese überraschend großen Demonstrationen möglich gemacht hat.

Allerdings hat sich auch gezeigt, dass sporadischer Protest und auch wiederholte Schulstreiks nicht ausreichen, um die „Reformpolitik“ der Herrschenden zu stoppen. Dazu muss man den Kampf an der Schule mit dem der Studis an den Universitäten, mit dem der ArbeiterInnen in den Fabriken, der Arbeitslosen und der MigrantInnen zusammenführen. Denn Jugendliche können Massen von Menschen inspirieren und in Bewegung setzen.

Als erster Schritt dahin müssen wir uns an den Schulen organisieren und dauerhaft politische Kampagnen gegen die Misstände vor Ort machen.

von Tom aus Bernau & Antonio aus Tempelhof

Fahnenflucht

Die Zahl der Deserteure aus der US-Armee nimmt zu

Seit fast vier Jahren tobt im Irak der Krieg. Saddam Hussein ist gestürzt, doch das Land verfällt zunehmend in einen Bürgerkrieg und die Berichte über Kriegsverbrechen der US-Armee häufen sich. Ungefähr 650.000 tote ZivilistInnen und 3.238 tote SoldatInnen auf der Seite der „Achse der Willigen“ (davon etwas über 3.000 Angehörige der US-Armee) sind die Bilanz des Krieges. Die herrschende Klasse der USA bekam eine neue Kolonie – die Rohstoffe des Irak stehen unter westlicher Kontrolle und das US-Militär bekam einen neuen Außenposten im Nahen Osten – aber diese Kolonie wird durch den Widerstand der Bevölkerung immer unregierbarer.

Gegen den Krieg und die Besatzung sind Millionen Menschen auf der ganzen Welt auf die Straßen gegangen. Doch es gibt noch eine ganz andere Bewegung, die ihren Teil leistet, auch wenn sie oft totgeschwiegen wird.

Die Desertation

Nur etwa 50% der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung werden in den USA anerkannt. So kommt es immer häufiger dazu, dass US-SoldatInnen aus Gewissensgründen den Einsatz im Irak verweigern. Dafür müssen sie die Armee verlassen und in vielen Fällen fliehen oder untertauchen. Auch SoldatInnen, die ursprünglich mit großer Begeisterung in den Irak gingen, ändern im Laufe des Krieges ihre Einstellung und begehen Fahnenflucht.

Diese ist allerdings strengstens verboten und wird mit Gefängnisstrafen geahndet. Das Gesetz der USA würde auch die Todesstrafe zulassen, aber diese wird nur in absoluten Ausnahmefällen verhängt. Trotz aller Repressionen und Strafen sind seit Beginn des Irakkrieges mindestens 8.000 US-SoldatInnen desertiert.

Besonderes Aufsehen erregte dabei Ehren Watada, der erste höhere Offizier, der den Kriegsdienst verweigerte, und dessen Verfahren bis heute andauert. Zu den Gründen seines Handels äußerte er sich wie folgt:

„Meine Kameraden kämpfen und sterben im Irak und ihre Familien leiden wegen der Lügen und der Täuschungen der Regierung Bush. Der Irak Krieg ist nicht nur ein Verbrechen gegen inländisches und internationales Gesetz, er ist vor

allem auch ein schreckliches moralisches Unrecht gegen die irakischen Menschen.“

Dafür muss er sich jetzt vor der US-Justiz verantworten. Er ist nicht der einzige, dem es so geht. Auch der US-Soldat Augustin Aguayo verweigerte den Befehl. Als der in Mannheim stationierte Aguayo die Anweisung bekam, sich fertig zu machen, da seine Einheit in den Irak verlegt werde, sprang er aus dem Fenster und floh. Später stellte er sich der Armee und nun wartet er auf seinen Prozess. Ihm drohen über zwei Jahre Gefängnis.

Der Weg in die Armee

In den wenigsten Fällen spielt eine „patriotische“ politische Überzeugung die entscheidende Rolle bei dem Entschluss, der Armee beizutreten. Vielmehr ist es ein Schritt, um der sozialen Misere, die in den unteren Schichten der US-Gesellschaft vorherrscht zu entgehen. Die US-Armee scheint oftmals die einzige Alternative zu einem Job bei McDonalds, denn die Rekrutierer locken mit einem guten Gehalt, einer kostenlosen Ausbildung und der Chance auf ein Studium. Viele junge AmerikanerInnen lassen sich so blenden und verkaufen sich an die Kriegsmaschinerie. Ist man erst mal mit 17 Jahren in die Armee eingetreten, so ist es schwierig, ihr wieder zu entfliehen.

Um den harten Strafen aus dem Weg zu gehen, sind desertierte SoldatInnen auf Asyl in anderen Ländern angewiesen. Den überwiegenden Teil zieht es dabei nach Kanada. Doch dieses Land weigert sich, ebenso wie die meisten anderen Länder, die Deserteure aufzunehmen und erkennt die Kriegsdienstverweigerung nicht als Asylgrund an.

Obwohl die Bush-Administration erst vor kurzem mit den verlorenen Kongresswahlen erneut den Unmut der amerikanischen Bevölkerung über die anhaltenden Besatzung im Irak zu spüren bekam, erwägt sie nun, weitere SoldatInnen ins Zweistromland zu senden. Von bis zu 50.000 SoldatInnen ist die Rede, die aller Voraussicht nach abkommandiert werden, in der Hoffnung, die stärker werdende irakische Widerstandsbewegung zerschlagen zu können.

Doch einzelne Deserteure werden nicht in der Lage sein, die Besatzung und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen wie Massaker, Massenvergewaltigungen und Folter zu verhindern. So begrüßenswert die Bewegung der Fahnenflüchtigen auch ist, wird sie die modernste Armee der Welt nicht aufhalten können.

Die SoldatInnen brauchen eine Widerstandsbewegung, die gegen die US-Politik kämpft, die Befehle verweigert, sich mit der irakischen Bevölkerung zu verbrüdern versucht und – vor allem – sich gegen die Offiziere organisiert.

Dass eine solche Bewegung der SoldatInnen, verbunden mit dem Widerstand der einheimischen Bevölkerung, erfolgreich sein kann, hat sich bereits in Vietnam bewiesen.

von Bartholomäus aus Bernau

Pinoc

Aber der Kapitalismus lebt

Am 10. Dezember starb der frühere chilenische Diktator Pinochet. Er kam 1973 an die Macht, durch einen Militärputsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten, den linken Reformisten von der „Unidad Popular“, Salvador Allende. Tausende Menschen starben unter Pinochets Herrschaft oder wurden gefoltert, während Millionen Andere unter Lohnsenkungen, drastisch steigender Arbeitslosigkeit, dem Zusammenbruch des Sozialsystems und der Ausbreitung von Krankheiten und Unterernährung im Land zu leiden hatten. Das nur als Einführung zu „Chiles Rettung vor dem Kommunismus“, wie die konservative und faschistische Rechte Pinochet zu nennen pflegt.

Ein Leben im Militär

Augusto Pinochet Ugarte wurde am 25. November 1915 in Chile geboren, in einer Familie französischer Immigranten aus Breton. Seine Militärkarriere begann, wie seine Mutter es sich gewünscht hatte, an der *Escuela Militar*, wo er seine Ausbildung 1937 als Unterleutnant abschloss. 1968 wurde er zum Brigadegeneral ernannt. Chiles „sozialistischer“ Präsident berief ihn im August 1973 zum Oberkommandierenden der Armee. Nur 19 Tage später führte die Armee einen Putsch gegen Allende aus. Die Putschisten hatten die Unterstützung aller hochrangigen Offiziere des Militärs (sowohl der Armee, der Luftwaffe, als auch der Marine), der Polizeiführung, der großen Kapitalisten, der Großgrundbesitzer, Teilen der Mittelklasse und der katholischen Kirche. Am 11. September 1973 umzingelte die Armee *La Moneda*, den Präsidentenpalast, und nahm ihn nach einigen Stunden Artilleriefeuer ein. Allende tötete sich selbst während der Kapitulation.

Eine vierköpfige Militärjunta ergriff direkt nach dem Putsch die Macht. Am 13. September rief die Junta den Notstand aus, verbot alle Parteien und Gewerkschaften und verfolgte jegliche Opposition: Mitglieder der Sozialistischen und der Kommunistischen Parteien, SozialdemokratInnen und bald auch die bürgerlichen ChristdemokratInnen – die Pinochet zunächst unterstützt hatten. Es gab massiv Razzien in den Arbeiterbezirken Santiagos mit täglichen Hausdurchsuchungen.

Pinochet errichtete sechs Konzentrationslager, eins davon im chilenischen Nationalstadion. Die Gefangenen wurden gefoltert und „verhört“ von Armeeeoffizieren. Unter der Pinochet-Diktatur wurden etwa 3.000 Menschen hingerichtet oder „verschwanden“ (inoffizielle Zahlen gehen bis zu 15.000), 30.000 Menschen wurden inhaftiert oder ins Exil gezwungen. Nachdem er die Arbeiterbewegung zerschlagen hatte, startete Pinochet mit einer Politik der Sozialkürzungen (z.B. wurden die Ausgaben für das Gesundheitswesen zwischen 1973 und 1988 um 60% gesenkt), der Privatisierungen und der neoliberalen Reformen, welche die Mehrheit des Landes verelenden ließ. Abgesehen von einer kurzen wirtschaftlichen Boomperiode zwischen 1984-



Pinochet ist tot.

weiter. Leben und Tod eines lateinamerikanischen Diktators

1988 (nachdem das Bruttoinlandsprodukt von 1982-83 um 19% gefallen war), verfiel Pinochet Chile in wirtschaftliche Stagnation. Pinochet trat 1990 unter dem Druck der Öffentlichkeit zurück, blieb jedoch Oberkommandierender der Armee und lebenslanger Abgeordneter, was ihm die Immunität vor Strafverfolgung sicherte.

Der Grund für den Putsch

Was war der Grund für Pinochets Putsch gegen Allende? Salvador Allende startete nach seiner Wahl 1970 eine Reihe von Reformen (unglücklicherweise nur Reformen). Diese waren zum Wohl der ArbeiterInnen, BäuerInnen und der Armen Chiles, auf Kosten der großen chilenischen, amerikanischen und europäischen Kapitalisten. Die Löhne wurden unter Allende mehrmals erhöht, während die Preise für notwendige Waren eingefroren wurden. Allende verstaatlichte die profitablen Kupferminen der amerikanischen Unternehmen Anaconda und Kennecott (51% der Minen waren bereits von der Vorgängerregierung verstaatlicht worden, Allende verstaatlichte nur die verbliebenen 49%), verstaatlichte die Telekommunikation (vormals ITT), die chemische Industrie (vormals Dow Chemical), sowie weitere Unternehmen. Er setzte auch die Politik der Landreform fort, welche die Interessen der Großgrundbesitzer verletzte.

Natürlich riefen diese Reformen den Widerstand der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer und ihrer Diener hervor: der Armeeführung, der Polizei und – zumindest zu Beginn – der Kirche. Die Kapitalisten antworteten mit der systematischen Zerrüttung der Produktion, mit finanziellen Intrigen und zunehmend auch mit offenem Terror der faschistischen Rechten (beispielsweise durch die terroristische Organisation *Patria y Libertad* – Vaterland und Freiheit). Es ist klar, dass amerikanische und andere multinationale Unternehmen über Allendes Politik verärgert waren. Für die US-Regierung war das letzte Puzzleteil Allendes diplomatische Annäherung an Castros Kuba. Washington entschied, dass Allende weg musste!

Heute ist gut bekannt, dass Augusto Pinochet Unterstützung, Waffen und Munition von der größten „Demokratie“ der Welt – den USA – bekam. Die CIA arbeitete lange Zeit an der Destabilisierung von Allendes Regierung. Der amerikanische Botschafter in Chile, Edward Korry, forderte drastischere Schritte: „Nicht eine Mutter oder Schraube soll Chile unter Allende erreichen. Wenn Allende an die Macht kommt, sollten wir alles in unserer Macht stehende tun, um Chile und alle Chilenen zu äußersten Entbehrungen und Armut zu verurteilen.“ Die CIA startete im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1970 eine massive Drohkampagne. Die CIA veröffentlichte 726 Zeitungsartikel, Radiosendungen und Pamphlete gegen Allende, der als „sowjetische Gefahr für Chile“ dargestellt wurde. Insgesamt gab die CIA zwischen 1970 und 1973 acht Millionen Dollar für Anti-Allende-Aktivitäten aus. Zusätzlich war die CIA in den Mord an dem Komman-

deur der Armee, René Schneider, verwickelt, dessen Ablehnung gegenüber einem Putsch und dessen Loyalität gegenüber Allende allgemein bekannt war. Später arbeitete die CIA eng



die Menschen in Santiago feiern den Tod des Diktators

mit den Armee- und Polizei-Strukturen des Pinochet-Regimes zusammen, besonders mit der chilenischen Geheimpolizei DINA.

Der Reformismus von Allende

Pinochets Putsch hätte möglicherweise auch ohne die amerikanische Unterstützung Erfolg gehabt. Denn Allende spielte Pinochet in die Hände, mit seinem naiven Glauben, dass der Klassenkampf auf das Parlament konzentriert wäre und dass die Rechte niemals den Rahmen des Gesetzes verlassen würde. Allende verstand nicht – als strenggläubiger Reformist –, dass das reale Machtzentrum im Kapitalismus außerhalb der parlamentarischen Quasselbude liegt. Allende verstand nicht, dass, wenn die Kapitalisten einmal einer revolutionären Situation gegenüberstehen, selbst eine „großartige Verfassung“ nicht mehr als ein Lappen zum putzen von Generalstiefeln ist.

Wegen seines Reformismus basierten Allendes Sozialreformen nicht auf Organen der Arbeiterklasse – Arbeiterräte, Komitees in den Armenvierteln oder irgendwelchen anderen Organisationen der Bergleute, BäuerInnen und Gemeinschaften der Arbeiterklasse. Allende, als programmatischer Gegner einer Revolution von unten, kämpfte nicht um eine Mehrheit „auf der Straße“ (d.h. er versuchte nicht, die Masse der ArbeiterInnen und BäuerInnen für revolutionäre Aktion zu gewinnen), sondern um eine Mehrheit im bürgerlichen Parlament, wo er bis zum letzten Moment auf die Unterstützung von den Christdemokraten – einer Partei kleiner und mittlerer Geschäftsleute – hoffte. Trotz der „Streiks“ der LKW-Besitzer, organisiert von den Kapitalisten (nebenbei gesagt: diese Streiks erinnerten sehr an die Aussperrungen in der Öl-Industrie in Venezuela, die 2003 gegen einen anderen, demokratische gewählten, linken Präsidenten, Hugo Chavez, gerichtet waren), trotz der Sabotage der Kapitalisten in der Industrie und im Versorgungssystem und trotz verstärkten faschistischen Terrors gegen die ArbeiterInnen, unternahm Allende keinen Versuch, die

ArbeiterInnen zu bewaffnen um die sozialen Reformen zu verteidigen. Stattdessen beließ er die Waffen in den Händen der alten, „demokratischen“ Staatsmaschinerie – der Armee und der Polizei. Und die Kontrolle über die Armee und Polizei wiederum beließ er in den Händen von Offizieren, die mit den großen Kapitalisten, den Großgrundbesitzern und der amerikanischen Botschaft verbunden waren.

Wegen seines Reformismus war es Allende unmöglich, die ökonomischen Angriffe der Wirtschaft und die Manöver der Armeeführung zu beantworten. Er lehnte es ab, sie zu beantworten, denn eine Antwort hätte ihn gezwungen, die Grenzen des kapitalistischen Systems zu überschreiten.

Eine Warnung an die ArbeiterInnen

Als Warnung gegen den Reformismus sollten die ArbeiterInnen die Worte, die Allende nach einem ersten, erfolglosen Putschversuch im Juni 1973 sprach, für immer im Gedächtnis behalten. Allende besuchte eine riesige, spontane Demonstration von ArbeiterInnen, die ihn unterstützten, und am Ende seiner Rede sagte er: „Vertraut eurer Regierung. Geht zurück nach Hause und küsst eure Frauen und Kinder im Namen Chiles!“ Drei oder vier Monate später, hatten weder er noch viele dieser ArbeiterInnen mehr die Möglichkeit, ihre Frauen, Männer und Kinder zu küssen. Der „parlamentarisch-demokratische Weg zum Sozialismus“ erwies sich als unmöglich, aufgrund der gnadenlosen Gewalt der Kapitalistenklasse, die entschlossen war, ihre Macht und ihre Privilegien um jeden Preis zu erhalten.

Was kann abschließend gesagt werden? Pinochet ist tot. Einige seiner Offiziere wurden wegen ihrer Gräueltaten verfolgt. Aber viele andere, einschließlich Leuten aus der Wirtschaft, die fest hinter seinem Regime stand, wurden nicht bestraft. Pinochet selbst starb ungestraft, wie viele andere Diktatoren vor ihm. Keine Staatsanwaltschaft kann ihn anklagen, kein Gericht ihn verurteilen.

Aber, die Klasse, die Pinochet unterstützte und deren Interessen Pinochet verteidigte, kann und sollte angeklagt und abgeurteilt werden. Und es wird die Klasse von Pinochets Opfern sein – die Arbeiterklasse – die das gerechte Urteil über das kapitalistische System fällen wird.

von Nikola und Adam aus Prag
www.revo.cz.tc



Counterstrike verbieten?

„Killerspiele“ sollen verboten werden, während die Killer der Bundeswehr glorifiziert werden

„Sie animieren Jugendliche, andere Menschen zu töten. ... Das sind völlig unverantwortliche und in-diskutable Machwerke, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.“ (Edmund Stoiber)

Um Missverständnissen vorzubeugen: Edmund Stoiber, bayrischer Ministerpräsident, redet nicht etwa von der Bundeswehrwerbung im Fernsehen. Er ist nämlich ein ziemlicher Militärfreak und Mitglied der Gebirgsschützenkompanie Wolfratshausen.

Er redet auch nicht vom Tag der offenen Tür bei der Berliner Bereitschaftspolizei, sondern von Computerspielen, welche sich unter Jugendlichen großer Beliebtheit erfreuen und die Stoiber gerne verboten haben möchte. Die Spiele könnten die Jugendlichen schließlich zu rachsüchtigen Killermaschinen machen, wie den 18jährigen Bastian B., der letzten November in seiner Schule sechs Personen an- und sich selbst erschoss.

Es stellt sich nur die Frage: Können rein fiktive Handlungen ganz alleine Menschen dazu bringen, diese auch in der Realität umzusetzen? Sind SchauspielerInnen, die im Fernsehkrimi Mörder spielen, gefährdet selber zu Killern zu werden? Führt häufiges Vorlesen von „Hänsel und Gretel“ zu dem Verlangen, alte Frauen in einen Brunnen zu schuppsen? Laut *Jugend-szenen.com* steigt die Anzahl der Personen, die

sich in „Clans“ zusammenschließen und gegeneinander „daddeln“, seit 1997 jedes Jahr kontinuierlich an. Gleichzeitig ist die Zahl der Morde laut Polizeistatistik in der selben Zeit jedes Jahr zurückgegangen.

Wer also glaubt, Killer spielen alleine führt zu realen Mordorgien wie in Emsdetten oder Erfurt, kann beruhigt werden. Aber woran liegt es denn sonst? Der Täter gibt in seinem Abschiedsbrief, neben einigen ziemlich obskuren Gedankengängen selbst ein paar interessante Hinweise: „Das einzige was ich intensiv in der Schule beigebracht bekommen habe war, das ich ein Verlierer bin... Mir wurde bewusst das ich mein Leben lang der Dumme für andere war... die Gesellschaft hat nunmal keinen Platz für Individualisten.“

In der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft wurden schon immer soziale „Verlierer“ am Fließband produziert und schon immer hat diese Tatsache einzelne Betroffene zu extremen Reaktionen provoziert. Bei einem Schulmassaker 1927 in Bath / Michigan in den USA wurden 45 Menschen getötet, Jahrzehnte bevor „Counterstrike“ überhaupt erfunden wurde. Als die Berlin-Kreuzberger Bevölkerung in einem spontanen Kiezaufstand am 1. Mai 1987 sich heftige Gefechte mit den Bullen lieferte, haben sie wohl kaum an Szenen aus „GTA“ gedacht, zumal auch diese Spiel erst zehn Jahre später erfunden wurde.

Genauso typisch ist es für kapitalistische und alle anderen vorangegangenen Gesellschaftsformen, Wutausbrüche und Verzweiflungstaten als Verstöße gegen die allgemeine „Moral“ zu charakterisieren und dies auf „moralische Verfehlungen“ einzelner Personen zurückzuführen. Aber während Politiker gegen „Killerspiele“ hetzen, wird mit und Infotischen an Schulen die Bundeswehr glorifiziert, die nicht auf elektronische Figuren sondern auf lebende Menschen schießt. Die US-Armee nutzt sogar ein eigenes „Killerspiel“ namens Americas Army, um neue Rekruten fürs wirkliche Killen anzulocken.

Auch Bastian B. war jahrelang ein Schüler mit den selben Sorgen und Problemen, wie sie viele Millionen andere SchülerInnen auf dieser von Profitgier regierten Welt auch haben.

Deshalb ist es, Killerspiele hin oder her, nur eine Frage der Zeit bis sich eine solche Tat wiederholen wird. Es sei denn, wir stürzen diese Gesellschaft der Entfremdung, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit für Jugendliche.

von Carsten aus Lichtenberg



Die Tageszeitung

junge Welt

Gegründet 1947 · Sonnabend/Sonntag, 1. ...

Wenig erwarten
Am Sonntag findet in Chile die ... um das Präsidentenamt Interview mit Tomás H...

2

Gutschein

Bitte schicken Sie mir die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Frau Herr

Name/Vorname _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

An den Kosten beteilige ich mich mit 5,50 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von _____ Euro).

Ich beteilige mich nicht an den Kosten. Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Immer mitma
Mumia Abu-Jamal:
der USA u
politik des

7

Gutschein für eine starke Linke

20,-

im Wert von

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position beziehen? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisation befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

* Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen.

Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.*

Den Coupon schicke bzw. faxe ich an:
Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33,
10178 Berlin, Fax: (0 30) 53 63 55 44.



Babel

Wenn man mit wenigen Worten zusammenfassen sollte, worum es in dem neuen Film „babel“ geht, so wäre es wohl die mangelnde Kommunikationsfähigkeit der Weltbevölkerung. Das, obwohl wir in unserer postmodernen Gesellschaft mit dem Internet und dem Telefon bessere Möglichkeiten denn je haben, um uns auszutauschen.

Der Film spielt zunächst in Marokko, Mexiko und Japan und erst gegen Ende laufen die verschiedenen Geschichten auf dramatische Weise zusammen. Interessant ist dabei ein gesellschaftlicher Aspekt, den Regisseur Alejandro González Iñárritu mit einbringt, nämlich die künstlich geschürte, permanente Terrorangst. Wenn irgendwo auf der Welt ein AmerikanerIn verletzt wird, wird sofort einen islamistisch-terroristischen Hintergrund vermutet. Auf diese Weise enttarnt der Regisseur die Panikmache, die die großen Industriestaaten initiieren, um den „Kampf gegen den Terrorismus“, also die Invasionskriege gegen arme Länder, zu legitimieren.

Wie ein Beispiel im Film zeigt, wird dringend gebrauchte Hilfe für leidende Menschen wegen diplomatischer Intrigen der mächtigen Staaten verweigert. Während des gesamten Filmes kommt man immer wieder zu dem Ergebnis, dass einiges Übel hätte verhindert werden können, vorausgesetzt die Menschen würden mehr miteinander reden und aufeinander eingehen.

Dabei werden die politischen Hintergründe eher ausgeblendet. So ist das riesige Konfliktpotential zwischen mexikanischen EinwandererInnen und US-amerikanischen Grenzpolizisten sicherlich nicht auf Sprachprobleme zurückzuführen! Eine bessere sprachliche Verständigung könnte bewirken, dass mehr AmerikanerInnen das Leiden der EinwandererInnen nachvollziehen könnten, statt die rassistische Hetze der Regierung nachzuplappern. Aber ein Konflikt an der Grenze ist vorprogrammiert, so lange die Grenzanlagen und die dahinter steckende soziale Ungleichheit weiter existieren – egal ob die amerikanischen Behörden Spanisch sprechen!

Der Film ist also kein revolutionäres Meisterwerk. Nachdem die ZuschauerInnen die ganze Zeit von einem Unglück ins nächste stürzten, kann man aus dem Ende des Films wieder Hoffnung schöpfen – Hoffnung, dass die Grenzen zwischen den Menschen verschwinden.

von Che aus Bernau



The Wind That Shakes The Barley

Zur Zeit läuft ein Film über die Leinwände, der auf beeindruckende Weise das Irland der 1920er Jahre zeigt.

Junge Männer spielen Hockey, als eine Einheit britischer Soldaten auftaucht. Diese schlagen auf die jungen Iren ein und verlangen, dass sie ihre Namen sowie ihr Alter nennen, da das Hockeyspiel für Iren verboten ist. Als einer sich weigert, seinen Namen auf Englisch zu nennen, sondern ihn in seiner Muttersprache wiedergibt, wird er gefoltert und ermordet.

Dies löste bei einigen anderen den Entschluss aus, sich die tägliche Demütigung nicht mehr gefallen zu lassen und im Rahmen der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) eine Widerstandsgruppe aufzubauen, um den militärischen Kampf aufzunehmen. Die Bewegung erhält schnell Zulauf und schon bald gelangen die ersten Erfolge gegen die verhasste Besatzungsmacht.

Doch der Kampf fordert auch Opfer und die ZuschauerInnen müssen durch einen permanenten Wechsel von Trauer, Verzweiflung, Wut und Genugtuung ausharren. Eines Tages erklingt die Nachricht eines Friedensvertrages, der aber in Wirklichkeit einem Verrat des irischen Parlamentes gleich. Denn der Vertrag sah zwar vor, die britischen Soldaten abzuziehen, beinhaltete aber auch die weitere Zugehörigkeit Irlands zum britischen Empire. Es lief also auf eine Marionettenregierung hinaus.

Daraufhin spaltete sich die IRA in einen Teil, der den Vertrag befürwortete und sich dadurch mit dem britischen Kolonialismus abfand, und einen anderen Teil, der beschloss, den Kampf bis zur endgültigen Unabhängigkeit Irlands fortzuführen. Es folgte ein Kampf ehemaliger Waffengefährten gegeneinander, der in einer Katastrophe am Ende des Films gipfelt.

Allerdings fehlt im Film ein gesamtmittler Überblick über den Guerillakrieg und die Klassenkämpfe damals. Aber eigentlich ermöglicht erst die individuelle Betrachtung einiger weniger Figuren, die Hintergründe eines solchen Unabhängigkeitskrieges richtig zu verstehen.

Gerade heute, wo imperiale Besatzung und der Widerstand dagegen in vielen Teilen der Welt einen zentralen Konflikt darstellt, ist es sinnvoll, über die Motivation der jungen KämpferInnen nachzudenken. Wenn wir aus den Erfahrungen der IRA lernen, können wir auch neues für den Kampf gegen Besatzung lernen.

vion Bartholomäus aus Bernau

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
 www.revolution.de.com
 berlin@revolution.de.com

Revo Bernau

Treffen: jeden Mittwoch um 15.15 Uhr
 Dosto, Breitscheidstr. 43a (Kulturhof)
 www.revolution-bernau.de.vu
 bernau@revolution.de.com

Revo Plauen

Treffen: jeden Freitag – Ort erfragen
 www.revolution-plauen.de.vu
 plauen@revolution.de.com

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
 Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
 www.revolution-wolfsburg.de.vu
 wolfsburg@revolution.de.com

Revo Weltweit

International www.iREVOLUTION.int.tc
CH www.revolution.ch.tc
CZ www.revo.cz.tc
AU www.revo.au.tt
 „Partei“jugend www.worldrevolution.info
UK www.worldrevolution.org.uk
SE www.revolution.se
AT www.revolution-aus

Unabhängigkeits-erklärungen

mit Texten von Liebknecht, Lenin, Trotzki usw.



Der Weg zur Revolution

Manifest von REVOLUTION



Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.



Forum

Willst du diskutieren?
 Dann besuche das Revo-Forum:
 http://forum.revolution.de.com

Fight WEF!

Auf zur Demonstration gegen das World Economic Forum am 27. Januar in Basel / Schweiz!

Der Januar gilt traditionellerweise als der Monat, in dem nach Weihnachten das ganze Geld ausgegeben und der Hauch von Prunk und Liebe wieder verfliegen ist. Trotzdem kommen jeden Januar die reichsten und mächtigsten Menschen dieser Erde im Skiort Davos zusammen, um sich untereinander abzusprechen wie man auch im kommenden Jahr die Profite der Konzerne sichern kann. So wird Davos auch jedes Jahr im Januar zu einer Bergfestung, die hermetisch von Polizei und Schweizer Armee abgeriegelt ist, damit sich diese kostbaren Menschen dort ohne Einnischung der lästigen Öffentlichkeit treffen können.

Doch wer trifft sich da eigentlich? Und was wird besprochen?

Das World Economic Forum (WEF) ist eine private Stiftung, die sich einmal im Jahr trifft. Zu diesen Treffen erscheinen dann circa 2.000 Wirtschaftsbosse, Politiker und "Persönlichkeiten aus der Gesellschaft". Angeblich geht es in Davos darum, wie man die Welt verbessern kann, aber in Wirklichkeit geht es darum, die Profite der Unternehmen weiter zu maximieren, wie z.B. durch die Privatisierung der Wasserversorgung, der Bildung usw.

So war 2005 z.B. ein Seminar zum Thema "Entdecken des nächsten wirtschaftlichen Flops" sofort ausgebucht, während beim Seminar "Zahlen sich die Menschenrechte aus?" nicht mal eine Anmeldung erforderlich war. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, dass es beim WEF nicht um die Verbesserung der Welt für die auf ihr lebenden Menschen, sondern für die auf ihr existierenden Konzerne geht.

Der globale Kapitalismus ist eine ernste Angelegenheit. Nicht nur, dass er die Reichen immer reicher werden lässt, nein, er macht die Armen auch ärmer oder bringt sie gleich um. Die Statistiken, die uns sagen, wie viele Menschen pro Tag an Hunger sterben, sind uns durch zahlreiche Spendenaufrufe bekannt. Das WEF hat gerade zu einen symbolhaften Charakter und steht für Ausbeutung und Imperialismus – wie ihn nur noch der G8-Gipfel übertrifft.

Wir als MarxistInnen lehnen die „Ordnung“

des Kapitalismus ab. Genau diese wird am WEF jedes Jahr aufs neue zelebriert. Eine Ordnung, in der die Wirtschaftsmächte das Sagen haben und ArbeiterInnen aufs Größte ausgebeutet werden.

Und was können wir dagegen machen?

Die Proteste gegen das WEF sind Tummelplatz für Linke vielfältigster Couleur: von Sozialdemokraten über ATTAC bis zu Linksradi-kalen. Uns ist es wichtig zu betonen, dass wir uns nicht nur der Firmenpolitik einzelner Unternehmen, der Monopolisierung einzelner Wirtschaftszweige oder der weiteren Kommerzialisierung unseres Lebens entgegenstellen. Diese Dinge sind nur Ausdruck des kapitalistischen Systems, das in seiner Natur kein Interesse am Wohlstand der Menschen, sondern nur an steigenden Profiten hat. Vielmehr müssen wir den Kapitalismus bekämpfen und die Proteste dafür nutzen, eine revolutionäre Perspektive aufzuzeigen.

Das WEF stellt für viele den Inbegriff der Dekadenz der Kapitalistenklasse dar. Wir müssen eine Verbindung dieser Ablehnung mit der Ablehnung des ganzen Kapitalismus schaffen. Die WEF-Proteste bieten eine gute Möglichkeit, eine solche Verbindung zu erarbeiten.

Für eine unabhängige kommunistische Jugendbewegung!

Bei diesen Protesten ist es immer wieder die Jugend, die eine besonders mutige und kämpferische Rolle einnimmt. Jugendliche sind naturgemäß der radikalste und aufopferndste Teil der Bevölkerung, weil wir unter besonderen Formen der Unterdrückung und der Ausbeutung leiden. Wir sind mit den Erfahrungen vergangener Niederlagen weniger belastet und haben bei der Teilnahme an antikapitalistischen Protesten weniger zu verlieren.

Es ist wichtig, dass wir linken Jugendlichen uns im Kampf gegen Kapitalismus organisieren und die Radikalisierung der gesamten Arbeiterklasse fördern. Hierfür ist eine unabhängige revolutionäre Jugendorganisation notwendig. Denn nur durch unsere eigenen Erfahrungen im Klassenkampf können wir uns zu RevolutionärInnen bilden.

Den Kampf weiterführen – auf internationaler Ebene!

Die Proteste gegen das WEF sind nur ein kleiner und vor allem symbolhafter Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus. Eine revolutionäre Bewegung kann nur international erfolgreich sein. Mit dem gleichen Eifer, mit dem wir am 27. Januar in Basel auf die Strasse gehen, werden wir auch im Juni in Heiligendamm die G8 bekämpfen. Die Kapitalisten koordinieren sich über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Kapitalismus ist ein globales Problem, deshalb braucht es auch einen globalen Widerstand.

Der Kapitalismus wird weder in Basel noch in Heiligendamm besiegt werden. Doch tragen diese Kämpfe viel zur Herausbildung eines kämpferischen und internationalistischen Bewusstseins der ArbeiterInnenklasse und der Jugend bei. Um zu gewinnen, müssen wir für die Schaffung einer revolutionären Organisation auf weltweiter Ebene kämpfen.

Die Kapitalisten können sich in Bergdörfern oder Kurorten verschanzen – wir werden nicht müde, unsere Stimme des Protestes gegen sie zu erheben.

iREVOLUTION, 3. Januar 2007

